



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)

Aktuell seit 02.07.2026 12:11:54

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003660
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	02.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstraße 169 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493040816550 E-Mail-Adressen: post@dpolg.de Webseiten: https://www.dpolg.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

480.001 bis 490.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

5,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Heiko Teggatz**
Funktion: Bundesvorsitzender
2. **Ralf Kusterer**
Funktion: Erster Stellv. Bundesvorsitzender
3. **Thorsten Grimm**
Funktion: Stellv. Bundesvorsitzender
4. **Thomas Jungfer**
Funktion: Stellv. Bundesvorsitzender
5. **Markus Sehn**
Funktion: Stellv. Bundesvorsitzender
6. **Olaf Sendel**
Funktion: Stellv. Bundesvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Sven-Erik Wecker**
2. **Heiko Teggatz**
3. **Ralf Kusterer**
4. **Thorsten Grimm**
5. **Thomas Jungfer**
6. **Markus Sehn**
7. **Olaf Sendel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

100.017 Mitglieder am 01.01.2024, davon:

100.000 natürliche Personen

17 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. dbb beamtenbund und tarifunion
2. Europäische Polizeiunion (EPU)
3. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)
4. Bundesverband Verkehrssicherheitstechnik (BVST)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (28):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Internationale Beziehungen; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die DPolG vertritt die beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Polizeibeschäftigten in Deutschland, einschließlich der Pensionäre und Rentner. Ihre wichtigste Aufgabe ist das Erreichen besserer Arbeits- und Einkommensbedingungen ebenso wie eine Verbesserung der dienstlichen und beruflichen Rechte. Zu diesem Zweck ist sie in ständigem Kontakt zu Regierungen, Parlamenten und Parteien auf Bundes- und Landesebene.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Änderung des StVG, Cannabis-Grenzwert

Beschreibung:

Einführung eines für alle Kraftfahrzeugführer geltenden gesetzlichen THC-Grenzwerts im Straßenverkehr und eines Alkoholverbots für Cannabiskonsumenten sowie einer besonderen Regelung betreffend Cannabis im Straßenverkehr für Fahranfänger durch Ergänzungen des Straßenverkehrsgesetzes sowie der Fahrerlaubnis-Verordnung und der Bußgeldkatalog-Verordnung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11370 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Betroffenes geltendes Recht:

StVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406130032 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

2. Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten

Beschreibung:

Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12950 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie sonstigen dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409100011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Effektivere Ahndung und Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit explosionsgefährlichen Stoffen

Beschreibung:

Zur effektiven Ahndung und Verhütung von Straftaten in Zusammenhang mit explosionsgefährlichen Stoffen sieht der Entwurf im Wesentlichen Änderungen im Sprengstoffgesetz (SprengG), im StGB, in der Strafprozessordnung (StPO) und im Ausgangsstoffgesetz (AuszStG) vor.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/14040 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und weiterer Gesetze
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und weiterer Gesetze (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]; SprengG 1976 [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]; AusgStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409100012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Verbesserung des Opferschutzes

Beschreibung:

Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzte Personen

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12085 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und weiterer Gesetze - Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzte Personen

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]; GewSchG [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412030022](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Reform des Waffen- und Sprengstoffgesetzes

Beschreibung:

Die im Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems vom 25. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 332) enthaltenen korrekturbedürftigen Ungenauigkeiten und Fehler im Waffengesetz und im Sprengstoffgesetz müssen korrigiert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes und des Sprengstoffgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 28.05.2025

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium des Innern \(BMI\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[WaffG 2002](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SprengG 1976](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2510090005](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen

Beschreibung:

Wer sogenannte K.-o.-Tropfen zur Begehung einer Vergewaltigung oder eines Raubes einsetzt, soll zukünftig mit mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe rechnen. Mit dem Gesetzentwurf reagiert das Bundesjustizministerium auf die besondere Gefährlichkeit, die von diesen Taten ausgeht, und schlägt eine Anpassung der Rechtslage im Lichte aktueller Rechtsprechung vor.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.11.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512020028 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

7. Verbesserung des Opferschutzes**Beschreibung:**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die bereits in der letzten Legislaturperiode vom Bundeskabinett beschlossene Formulierungshilfe eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes fortentwickelt.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512020027 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

8. **Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen und Anpassung weiterer digitaler Ermittlungsbefugnisse**

Beschreibung:

Ziel des Entwurfs ist, die Erfolgsaussichten der Abfragen der Strafverfolgungsbehörden und Polizeibehörden zu verbessern und der Strafverfolgungspraxis die Funkzellenabfrage im Umfang wie vor der Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu ermöglichen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]; TKG 2021 [alle RV hierzu]; BKAG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu];

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601260006 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

9. **Stärkung der Cybersicherheit**

Beschreibung:

Cyberangriffe in Deutschland nehmen in Qualität und Quantität zu. Deutschland als führende Wirtschaftsnation in Europa ist verstärkt im Fokus auch hochprofessioneller Cyberangriffe mit großem Wirkpotential. Angesichts der geopolitischen Lage gewinnen auch hybride Bedrohungen zunehmend an Bedeutung.

Mit Anpassungen im BSIG wird dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ermöglicht, sich resilient im Cyberraum aufzustellen, die Erkenntnislage zu verbessern und

die Polizeien des Bundes erhalten im BKAG und BPolG Befugnisse um eine zukunftsfähige Cyberabwehr aufzubauen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Cybersicherheit

Datum des Referentenentwurfs: 24.02.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]; BKAG 2018 [alle RV hierzu]; BGSG 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603060003 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

10. Digitale Ermittlungsbefugnisse in der Polizeiarbeit

Beschreibung:

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Sicherheitsbehörden zeitgemäße digitale Befugnisse erhalten. Die gegenständlichen Gesetzentwürfe umfassen Regelungen zur automatisierten Datenanalyse, zum biometrischen Internetabgleich sowie zum Testen und Trainieren von IT-Produkten.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung digitaler Ermittlungsbefugnisse in der Polizeiarbeit (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.03.2026

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKAG 2018 [alle RV hierzu]; BGSG 1994 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310105 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

11. **Digitale Ermittlungsmaßnahmen**

Beschreibung:

Der Entwurf verfolgt das Ziel, Strafverfolgungsbehörden mit neuen Befugnissen auszustatten, um die Effektivität der Strafverfolgung zu steigern. Dazu schlägt der Entwurf eine Ermächtigungsgrundlage vor, die den automatisierten Abgleich biometrischer Daten aus einem Strafverfahren mit im Internet öffentlich zugänglichen Daten regelt. Zudem ist eine Ermächtigungsgrundlage für den Einsatz verfahrensübergreifender Recherche- und Analyseplattformen vorgesehen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur zur Änderung der Strafprozessordnung - digitale Ermittlungsmaßnahmen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.03.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu];

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310107 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

12. **Reform der Fahrschulausbildung**

Beschreibung:

Die Fahrschulausbildung soll an den aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung angepasst und zukunftsfähig gestaltet werden. Diese Modernisierung erfordert auch rechtliche Änderungen im Fahrlehrergesetz. Weitere Änderungen stehen im Zusammenhang mit der Reform der Fahrschulausbildung mit dem Ziel, die Kosten für den Führerscheinerwerb zu reduzieren. Darüber hinaus haben sich im Vollzug des zum 1. Januar

2018 neu gefassten Fahrlehrergesetzes Änderungsbedarfe ergeben, um insbesondere
Verwaltungsverfahren zu optimieren und unnötige bürokratische Anforderungen zu
beseitigen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze
(Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FahrlG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu];

Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605150001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.060.001 bis 1.070.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[EUEr-2024.pdf](#)